



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1921

410 (5.9.1921) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-199472](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-199472)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Mehr Würde.

Von Richard Bahr.

Man kann durchaus der Meinung sein, daß die Reichsregierung, indem sie ihre Ausnahmeverordnung erließ, von einem Mißbrauch des Staatsgebrauchs gemacht hat. Wenn erwiesen ist — woran nach den Mitteilungen, die von sehr ernsthaften und sehr unterrichteten Stellen kamen, ein Zweifel kaum verflattet ist — daß die Agitation gewisser deutschnationaler Kreise die Stimmung des uns kontrollierenden Auslands vollends zu verderben drohte, dann waren Reichspräsident und Kabinett befugt, mehr noch: waren sie verpflichtet, durch eine ungewöhnliche Geste zu zeigen, daß sie das Steuerruder nach wie vor fest in der Hand halten. Das ist nicht gerade schmeichelehaft für unseren Stolz und unser Selbstbewußtsein, ist auch in keinem Belang sonderlich ehrenvoll. Aber es hilft nichts, den Kopf in den Sand zu stecken und über Dinge, die nun einmal selber Gottes sind, mit starken Worten sich hinwegzusetzen. Wir haben im Traktat von Versailles uns sehr wesentliche Teile unserer Souveränität begeben, vielleicht begeben müssen, sind nicht mehr Herren unserer Geschichte und nicht durch Widerstand, der doch auf keinerlei beachtliche Macht noch nicht jeder Würde zu entraten braucht, können wir versuchen, nach und nach den Ausweg aus unserer dermaligen bejammernswerten Lage zu finden. Wer für seine Person die schrankenlose Demokratie für eine Utopie hält, wem mit Robbertus die Freiheit vorerst nur ein negatives Gut bedeutet, wird grundsätzlich sich überhaupt noch am leichtesten mit den neuen Verordnungen ausöhnen können. Höher als Freiheit und Recht des Einzelnen stehen Sicherheit des Staats und das Wohl der Gesamtheit. Im Zweifelsfall haben jene diesem zu weichen: auf dieser fundamentalen Auffassung fußt schließlich auch unsere ganze sozialpolitische Gesetzgebung.

Auch dann wird es gestattet sein, die Art, wie in manchen Teilen der derzeitigen Regierungsmehrheit die Ausnahmeverordnungen beherrscht werden, wenig zu würdigen zu heißen. Das ist ein Trostlos, ein Hohn und Triumphieren, als ob wir nunmehr siegreich den Stempel staatlicher Sittlichkeit ertönen, die stolze Höhe der Bürgerfreiheit erreicht hätten. Man vermischt jedes Verständnis dafür, daß die Regierung doch wohl in größter innerer und äußerer Bedrängnis zu einer immerhin so zweifelndigen Maßregel sich entschlossen haben kann. Sie vermerkt vor allem mit Bedauern, wie in den triumphierenden jede Erinnerung an die gar nicht so fernsten Zeiten schwand, da sie selber noch, mehr oder weniger, „Objekte der Staatsgewalt“ waren. Als Otto von Bismarck am 1. Juli 1863 seine „Prehordonnanz“ erließ, schämte mit der damals erst langsam erwachenden Arbeiterkraft das ganze liberale Bürgertum auf vor zorniger Entrüstung und in der „Breslauer Zeitung“ — das Rähere ist in Alfred Döhl'scher Charakteristik und anschaulicher Jubiläumsschrift nachzulesen — schloß ein mutiger Vorkämpfer von Dr. Julius Stein mit den folgenden Sätzen: „Dürfen wir das Recht des Volks nicht mehr in den Spalten dieses Blattes verteidigen? Eine letzte Rednerbühne für das freie Wort wird man uns nicht verschaffen: die Anklagebank.“ Jahrzehnte hindurch, bis in unsere Tage hinein, hat man von jenen aus der heißen Luft der Konfliktzeit geborenen Prehordonnanz nicht ohne das zierende Beiwerk „die berückichtigten“ gesprochen. Und doch gaben sie den Verwaltungsbehörden erst nach zweimaliger Verwarnung das Recht, Zeitungen zu unterdrücken. Dann kam, rund anderthalb Jahrzehnte später, das Sozialistengesetz und wieder galt er der Sozialdemokratie, galt es aber auch breiten, mit den Jahren wachsenden Schichten des Bürgertums als veraltet. Wir selber — wir wiederholen — stehen in diesen Stunden anders. Wir sind nicht dogmatisch genug gefestigt, um an die irdische Möglichkeit schrankenloser Freiheit glauben zu können. Jede Freiheit, meinen wir in Uebereinstimmung mit der Lehre der neueren Staatswissenschaft, muß ihre natürliche Begrenzung in der Freiheit und dem Lebensrecht der Anderen finden. Aber wie kann, wer bislang Wasser gepredigt hat, nun sich begeistert zum Wein bekennen? Das ist — man verzeihe das harte Wort — ein wenig geschmacklos und dieser Genre, eine Abart des empuant, sollte auch in der Politik verboten sein.

Rebender dünkt uns die Methode beträchtlich unklug. Die Welt ist rund und muß sich drehen. Wir können die Republik stabilisieren wie einen rochen de bronze, es wird nicht zu verhindern sein, daß andere Zeiten kommen, andere Strömungen beherrschend die deutsche Gesellschaft durchziehen, unter Umständen auch andere Mehrheiten in die Parlamente einrücken. Fürchtet man nicht, daß dann das Spiel von heute, nur in umgekehrter Richtung, sich erneuert? Herr Otto Braun, der frühere preussische Ministerpräsident und andere größere oder, je nachdem, auch noch kleinere Geister, werden nicht müde, einen Tag um den andern die „Ausräucherung des Beamtenkörpers von allen unzuverlässigen Elementen“ zu fordern. Hat man kein Gefühl dafür, daß das geradezu zur Demagogikreiterei von anno dazumal führen muß? Doch gar nicht weit davon ab „Schmalz, der Denunziant“ steht? Ehemal hat die Sozialdemokratie, nebenbei durchaus mit Recht, sich darüber beschwert, daß man sie planmäßig von Wörtern und Gefühlen ausschloß, daß nicht einmal dem viel zitierten sozialdemokratischen Nachwächter die oberrheinliche Befestigung gewährt wurde. Will sie nun selbst der Sünde bloß werden? Hat sie, der Enneide ähnlich, geendet, wenn sie mit Menschenalter hindurch für Wahrheit, Freiheit und jedes Recht zu kämpfen vorgab?

Wir möchten mahnen und wir möchten warnen. Zur Würde mahnen und vor Unklugheiten warnen, zu denen der augenblickliche Besitz der Macht die Unbesinnlichen leicht verführt. Es ist ein mangelhafter Rechtfertigung, wenn die Sozialdemokratie versichert, Staat und Gesellschaft nun den allein richtigen Weg führen zu wollen. Was ist Wahrheit? Wer hat sie? Der echte Ring vermutlich ging verloren...

Erneute Spannung Berlin—München.

Verbot der „München-Mugsburger Abendzeitung“. — Merkwürdige Enthaltungen über das Verhalten des Reichskanzlers. Keine Neigung zum Nachgeben.

8. München, 5. Septbr. Die Lage zwischen Berlin und München hat heute eine wesentliche Verschärfung erfahren, weil der Reichsminister des Innern an die bayerische Regierung ein Telegramm geschickt hat mit dem Ersuchen, das Erscheinen der München-Mugsburger-Abendzeitung wegen eines Artikels „Auf dem Wege zum Sozialregiment“ auf eine angemessene Zeit zu verbieten und über die von der bayerischen Regierung getroffenen Maßnahmen nach Berlin zu berichten.

Die „M.A.Z.“ teilt mit, daß ihr bisher ein solches Verbot nicht zugegangen ist und erscheint natürlich weiter. Wie man erfährt, besteht in bayerischen maßgebenden Regierungskreisen keine Neigung, dem Berliner Begehren, die Unterbindung des Erscheinens der „M.A.Z.“ zu entsprechen. Der heutige Montag wird aber jedenfalls die Entscheidung bringen. Der für gestern angeordnete Ministerialrat ist auf heute verschoben worden. Den Grund dazu bildeten verschiedene neue Ereignisse, d. h. die neuen Anordnungen von Berlin aus, zu deren Erfüllung oder Ablehnung erst Vorbesprechungen stattfinden müßten. In Regierungskreisen herrscht das Gefühl, daß es so nicht weiter gehen kann. Aus einem Artikel in der heutigen „München-Zeitung“ unter der Überschrift „Auf dem Wege zur Berliner Diktatur“ erfährt man übrigens noch allerlei Einzelheiten, die die Lage kennzeichnen. Zunächst wird festgestellt, daß die bayerische Regierung noch das einzige ernsthafte Hindernis für Herrn Dr. Wirth bilde. Einer Deputation der Unabhängigen soll Reichskanzler Dr. Wirth nach Behauptungen des unabh. Führers Simon-Nürnberg geäußert haben, er wünsche, daß die bayerische Staatsregierung le eher, desto besser verschwinde. Als man dem Reichskanzler diese Äußerung vorgehalten habe, sei dieser äußerst verlegen geworden und habe die übliche Ausrede gehabt, daß er die Äußerung in diesem Sinne nicht getan habe. Weiter wird die begründete Vermutung ausgesprochen, daß die Absplitterungsbewegung in Franken, die direkt von Berlin aus angezettelt ist, und daß dieser ganzen Bewegung der bekannte Führer der Christlich-Sozialen, Viktor Heiler in Würzburg, ein Freund und Agent Erzbergers in Bayern, eine Rolle spiele.

Die Situation in Bayern sei also äußerst kritisch, viel kritischer als die meisten Volksgenossen, die nicht wissen, was hinter den Kulissen vorgeht, glauben, eine Beseitigung des Ausnahmezustandes wäre das eigene Todesurteil der Regierung und der Regierungskoalition. Auch ein Kompromiß dürfte es in dieser Sache nicht geben. Festgestellt wird ferner, daß die bayerische Kommission, die zur Reichsregierung entsandt wurde, keinerlei Auftrag und Vollmacht zu irgendwelchen Verhandlungen mit der Reichsregierung hatte. Die Kommission habe die Reichsregierung lediglich auf den Ernst der Lage hingewiesen und über die Stimmungen und Auffassungen Bericht erstattet. Der Staatssekretär habe in dieser Beziehung durchaus aufragsgemäß gehandelt. Der Ministerpräsident, der in diesen Tagen leider nicht in München war und in dessen Abwesenheit manches geschah, was besser nicht oder anders geschehen wäre, ist am Sonntag wieder zurückgekehrt. Auch die Führer der Koalitionsparteien werden heute oder morgen zusammenzutreten. Regierung und Parteien werden sich darüber klar sein müssen, daß es hier nur ein Entweder oder gibt und daß das Abbrechen genau wie das Nachgeben unfehlbar früher oder später wieder in die Verhältnisse vor dem März 1920 und weiterhin in die vor dem Mai 1919 zurückfallen lassen werde. Das Blatt vermag nicht anzunehmen, daß es in dieser Sache bei den Unstehenden der B.Z., den christlichen Gewerkschaften, ein Schwanken geben werde, obwohl es dem Vernehmen nach bei der letzten Fraktionsführung der Partei ziemlich erregte Auseinandersetzungen gegeben haben soll. Auch in Frankfurt gelegentlich des Katholikentages soll man sich recht intensiv ausgesprochen haben, so daß Herr Held (der Führer B.Zp.) von dort aus seinen Unterredungen mit Herrn Dr. Wirth und den anderen Reichszentrumsführern nicht allzu angenehme Eindrücke mit nach Hause gebracht hat.

Die Einberufung des ständigen Landtagsausschusses am morgigen Dienstag ist nicht in Zusammenhang zu bringen mit den kritischen Lage. Der Landtagsausschuß wird sich vielmehr nur mit den Steuerungsfragen der Staatsbeamten und Staatsarbeiter und mit einer Aktion für die Kleinrentner und Minderbemittelten befassen. Die Koalitionsparteien haben sich durch ihre gemeinsame Rundgebung geschlossen hinter die Regierung Rahr gestellt, jedoch nach dieser Richtung der ständige Ausschuß des bayerischen Landtages nur das gleiche Bild geben würde.

Sozialisten-Konferenz in Nürnberg.

8. Nürnberg, 5. Sept. (Eig. Drahtber.) Nach einer Meldung der „Frankfurter Tagespost“ fand am Sonntag in Nürnberg eine Konferenz statt, an der die führenden Sozialdemokraten aus allen Teilen Bayerns und vom Parteivorstand Hermann Müller und Otto Wels

teilnahmen. Gegenstand eingehender Beratung war der Konflikt zwischen Bayern und der Reichsregierung, der in den nächsten Tagen gebieterisch eine Lösung verlangt. Es besteht kein Zweifel, daß die bayerische Arbeiterschaft geschlossen hinter der Reichsregierung steht. Die sozialdemokratischen Parteien Bayerns fordern, daß dem reichsfeindlichen Treiben der preussischen Offiziersklique in München sofort ein Ende bereitet wird. Die bayerische Arbeiterschaft ist insbesondere entschlossen, die Aufhebung des Belagerungszustandes durchzusetzen. Die S.P.D. ist gewillt, hierbei gemeinsam mit U.S.P.D. vorzugehen. Sie will Sorge tragen, daß die Leitung der Bewegung in den Händen der S.P. bleibt und dadurch alle Verwirrungsversuche der R.P.D. verhindert werden.

Scharfe Kritik an den Maßnahmen der Reichsregierung.

8. München, 5. Sept. In einem politischen Leitartikel „Reichspolitik ohne Herren“ macht die „München-Zeitung“ in ihrer Sonntagsnummer zu der gegenwärtigen Politik recht bemerkenswerte Ausführungen, in denen es u. a. heißt: „Wenn eine Regierung, die sich demokratisch nennt, die unter der Fahne der Demokratie das Volk einer Republik sammeln will, als ein Mittel zu dieser Sammlung diktatorische Verordnungen erläßt, so liegt darin ein Widerspruch gegen sich selbst und es muß sogar gesagt werden, daß diese Haltung der Biederlichkeit nicht entgegen kann. Dies ist aber die Politik der Regierung des Herrn Dr. Wirth, die im Namen der Demokratie Blätter und Uniformen und Versammlungen verbietet, die nach Staatsautorität ruft und sich über die staatliche Autorität der Länder absichtlich und brüsk hinwegsetzt. Die juristische Zuständigkeit einer solchen diktatorischen Verordnung, wie sie der Herr Reichspräsident, der nach der Verfassung nicht mehr länger amtierend sollte, auf Betreiben des Reichskanzlers erteilt hat, soll hier nicht in Frage gestellt werden. Aber darüber war sich wohl bei Schaffung der Verfassung alle Welt klar, daß ganz andere Voraussetzungen für eine solche Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien vorliegen müssen. Was aber heute vorliegt, kann zum mindesten die absichtliche Hinnahme über die Rechtmäßigkeit der Handlung nicht rechtfertigen und muß den Widerstand aus Bayern umso sicherer entfachen, als die Regierung dieses Land sich mit Recht auf eine breitere und festere parlamentarische Grundlage berufen kann, als dies der Reichspräsident oder der Reichskanzler im Reich zu tun vermag.“

Die sozialistische Hege gegen die bayerische Regierung und ihre Bollwerkorgane ist in München und ganz besonders in Nürnberg sehr akut. Die sozial. Betriebsräte in Nürnberg verlangen unter allen Umständen den Sturz der Regierung Rahr und wollen zu diesem Zwecke die sozial. Arbeiterschaft zu allererst, schwerwiegenden Maßnahmen veranlassen. Es wird bereits mit dem Gedanken eines Generalstreiks gespielt. Ferner verlangt man von sozialistischer Seite, wie schon seit längerer Zeit, die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern. In Nürnberg erwacht man auch in sozialistischen Kreisen die Frage der Abtrennung Frankens von Südbayern unter Anschluß an das Reich. In dieser Frage werden aber die bürgerlichen Parteien und die Bevölkerung auch noch ein Wort mitzureden haben. Im übrigen ist Nürnberg noch lange nicht Franken. Man sieht daher auch in Regierungskreisen dieser Androhung mit Ruhe entgegen, obwohl man den Ernst der ganzen Lage nicht verkennen.

Frankreich, England und die Reparationen.

10. London, 5. Sept. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt, die Reparationen durch das letzte Pariser Abkommen betr. die Reparationen durch das französische Kabinett überraschte in britischen Kreisen nicht. Bis zu dieser Ablehnung habe man jedoch gehofft, daß Briand und seine Kollegen zögern würden, bevor sie eine Maßnahme gutheißten würden, die für ein geschäftsmäßiges Zusammenwirken zwischen den Alliierten so nachteilig sei. Die Franzosen sprächen von der baldigen Abhaltung einer neuen Finanzkonferenz womöglich sogar in London. Alle übrigen Alliierten dagegen seien der Ansicht, daß es vollständig überflüssig sei, eine Konferenz nach der anderen abzuhalten, nur um das zu tun, was man schon auf der vorhergehenden beschlossen worden sei und zwar nur aus dem Grunde, weil ein Mitglied es sich anders überlegt habe.

10. London, 5. Sept. Die „Times“ schreiben in ihrem Leitartikel, daß die Fragen der Reparationen sich von neuem in etwas komplizierterer Form erhoben hätten. Das Blatt sieht die Möglichkeit eines Ausgleiches im ganzen darin, daß, wenn die Franzosen behaupteten, das Augustabkommen stimme mit dem Friedensvertrag nicht überein, ihnen entgegengehalten werden können, daß auch das Wiesbadener Abkommen nicht im Friedensvertrag vorgezeichnet sei. Die „Times“ erkenne wohl auch an, daß Frankreich, das am unmittelbarsten am Krieg zu leiden hatte, das Recht habe, ein direktes Abkommen mit Deutschland zu treffen. England wolle ihm keineswegs die Vorteile, die es aus dem Wiesbadener Abkommen ziehen könne, keineswegs vorbehalten. Unter diesen Umständen müsse man jedoch der Ansicht sein, daß Frankreich schwerlich mit unbedingtem Nachdruck auf die strenge und buchstäbliche Anwendung des Versailles Friedens in jeder anderen Hinsicht bestehen könne.

10. Paris, 5. Septbr. Im „Victoire“ zählt Gustave Hervé alle Gründe der Unzufriedenheit Frankreichs gegen England auf. Das Ergebnis ist, daß drei Jahre nach dem Waffenstillstand man offen sagen darf, daß England nicht aus Freundschaft zu Frankreich und Belgien in den Krieg gezogen ist, sondern nur aus Egoismus, um die napoleonische Kraft Deutschlands zu vernichten, und um zu vermeiden, daß Deutschland sich in Antwerpen einstellt. Nach drei Jahren ist es hierin soweit gegangen, daß die meisten Leute sich jedesmal freuen, wenn England in Irland, in Indien oder anderswo großen Schwierigkeiten begegnet.

Die deutsche Gefahr.

Das A und O der französischen Chamberlain. 10. Paris, 5. Sept. (Eig. Drahtber.) Im „Kabinet“ bespricht Ramelet den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag, den er den Konkreten der Politik

Der neue Gesetzesentwurf über die achtfundigste Arbeitszeit.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter ist vom Reichswirtschaftsministerium dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt worden. Grundlegende Bestimmung des neuen Gesetzes ist, daß die werktägliche Arbeitszeit — ausschließlich der Pausen — acht Stunden nicht überschreiten darf. Natürlich steht einer Vereinbarung kürzerer Arbeitszeit nichts im Wege. Eine gesetzliche Sonderregelung in dieser Hinsicht ist für den Bergbau in Vorbereitung. Eine Verlängerung der Arbeitszeit für ausfallende Arbeitsstunden ist im Entwurf vorgesehen, doch nur um eine Stunde am Tage. Für Betriebe, die ihrer Natur nach an Sonn- und Feiertagen nicht unterbrochen werden können, ist eine 56stündige Arbeitszeit im Durchschnitt von drei Wochen vorgesehen. Für eine Regelung der Sonntagsarbeit wird eine besondere Regelung erfolgen. Das neue Gesetz umfaßt die gewerblichen Arbeiter in allen Gewerbetreibenden, Werkmeister und Techniker. Kinder unter 14 Jahren dürfen überhaupt nicht mehr beschäftigt werden. Eine Ausnahme ist möglich, in den betriebsmäßig genehmigten und überwachten Fachschulen. Als jugendliche Arbeiter gelten Personen beiderlei Geschlechts von mindestens 14 und unter 18 Jahren. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen vor und nach ihrer Minderjährigkeit findet ihre Regelung von nun an nach einheitlichen Bestimmungen. Mit unermesslichen Abweichungen vom Achtfundentag befaßt sich die Ausnahmebestimmung. Sie gelten für die Fälle außergewöhnlicher Häufung der Arbeit, in Notfällen für Saisonbetriebe und Gewerbe, die von der Milderung besonders abhängig sind oder im engen Zusammenhang stehen mit der Landwirtschaft. Notwendige Überarbeiten dieser Art bedürfen je nach dem Umfang der Verrichtung. Außerdem ist die Anhörung des Betriebs- und Reichswirtschaftsrates vorgeschrieben, jedoch diese Ausnahmebestimmung nur auf wirklich dringende Fälle beschränkt sein werden. Nicht selbständige Heimarbeiter unterliegen grundsätzlich dem Gesetz des Achtfundentages. Selbstständige Handwerkerbetriebe sind ausgenommen. Für die im Betriebsgewerbe beschäftigten Personen wird auch in dem neuen Gesetz der Achtfundentag beibehalten. Jedoch ist eine gewisse Bewegungsfreiheit bei Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei Arbeitsstellen vorgesehen. Strafbestimmungen richten sich nicht nur gegen die Arbeitgeber. Die Arbeitszeit der Angestellten wird auf gleicher Grundlage in einem besonderen Gesetzesentwurf geregelt werden. In diesem Gesetz wird auch die Arbeitszeit der Hausgehilfen und des Kronenpflegerpersonals geregelt werden.

Schulfragen.

Ablehnung der weltlichen und der Gemeinschaftsschule.
Im Festsaal des preussischen Abgeordnetenhauses fand unter außerordentlich starker Beteiligung die 6. Vertretung des Reichsschulausschusses und der Schulgruppen des D.D.P. statt. Erörterten waren auch die Vertreter der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei und ihrer Fraktionen in den einzelnen Landtagen, besonders stark vertreten war die Fraktion der Deutschen Volkspartei im preussischen Landtage. Die Verhandlung wurde geleitet von dem ersten Vorsitzenden des Reichsschulausschusses, als erster Referent sprach der Abg. Dr. Boellk über das Thema: „Konfessionelle, Simultan- oder Gemeinschaftsschule.“ Bei der großen Bedeutung, die dem Reichsschulausschuss zurzeit gerade dieser Frage zukommt, war es dankenswert, daß die Tagung gerade mit diesem Referat und einer sehr ergiebigen Aussprache eröffnet wurde.

Abg. Dr. Boellk ging von der schulpolitischen Lage aus und charakterisierte zunächst die Stellung der Parteien zu den Forderungen des Tages und entwickelte dann aus den Prinzipien des Liberalismus die Grundgedanken des liberalen, nationalen und sozialen Schulprogramms der Deutschen Volkspartei. Wie die rein weltliche Schule, so führte der Redner aus, ist auch die Gemeinschaftsschule abzulehnen, da sie nichts anderes ist als eine weltliche Schule mit so angehängtem Religionsunterricht; die Hoffnung der Demokraten, diese Schule nach der alten Simultanschule hin umzubiegen, wird eitel sein; in der Richtung des religiösen Eintrages kann nur die religionslose Schule liegen. Dieser Gefahr gegenüber müssen alle, die daran festhalten, daß die Religion eine Lebensmacht für unser Volk ist, zusammenstehen; die Frage, ob konfessionelle Schule, ob Simultanschule, darf nicht zum Kampfe führen; sie ist nicht aktuell, zumal das Reichsschulgesetz die alte Simultanschule nur noch in Pflanzschulen und Baden gestattet und Neugründungen nicht zuläßt. Da, wo sie besteht, ist sie zu schließen, vor allem gegen die Bestrebungen, die alte christliche Simultanschule zu verweltlichen; eine Wiedereingliederung ihrer Rechte darf ohne den Willen der Erziehungsberechtigten nicht erfolgen. Vor allem ist der Bestand der konfessionellen Volksschulen zu gewährleisten. Nachdem durch das zweite Weimarer Schulkompromiß der Ge-

danke der nationalen Einheitschule auf christlicher Grundlage zerfallen ist, erscheint sie aus Gründen rechtlicher, pädagogischer und nationaler Art als die Schule, die am klarsten ein einheitliches Erziehungsideal zu verkörpern und die Durchdringung des Gesamtunterrichts mit religiös-ethischen Ideen zu gewährleisten vermag. Redner forderte für die vollste Anerkennung als staatliche Schule unter staatlicher Aufsicht in allen Lehrgegenständen, einen Lehrstand, dessen Vorbildung in den großen Zusammenhängen des nationalen Erziehungs- und Bildungswesens einzufügen ist, eine Reform des Religionsunterrichts im Sinne lebendiger und lebensschaffender Verinnerlichung.

Wirtschaftliche Fragen.

Auflösung der Reichsfleischstelle.

WB. Berlin, 4. Sept. Da die seit der Wiedereinführung der freien Wirtschaft für Schlachtvieh und Fleisch eingetretene günstige Entwicklung der heimischen Fleischversorgung eine weitere Beibehaltung einer besonderen Reichsstelle für die Zwecke der Überwachung der Fleischversorgung entbehrlich erscheinen läßt, verfügte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die Auflösung der Reichsfleischstelle zum 1. Oktober.

Die preussische Regierung und die Fleischpreise.

WB. Berlin, 3. Sept. Amlich wird mitgeteilt: Von dem preussischen Staatsminister für Volksernährung ist festgestellt worden, daß trotz des Anstiegs der Viehpreise und der dadurch bedingten Steigerung der Fleischpreise der Kleinverkaufspreis für Fleisch vielfach einen ungerechtfertigten hohen Stand behauptet haben. Um der ersten Gefahr, welche diese ungerechtfertigte Preissteigerung für die Volksernährung und Volksgesundheit bedeutet, zu begegnen, hat der preussische Minister des Innern an den Regierungspräsidenten folgenden Erlass erlassen: Die bereits in einem Erlass des preussischen Staatsministers für Volksernährung vom 25. 8. d. J. behandelte unnatürliche Spannung zwischen den Lebensviehpreisen und den Fleischverkaufspreisen bedeutet eine so ernste Schädigung und Erschwerung der Volksernährung, daß die Befestigung des Viehpreises mit allen Mitteln anstrebt werden muß. Frühere Erfahrungen haben gezeigt, daß ein Eingreifen der Kommunalverbände unter Umständen preisregulierend wirken kann. Zunächst kommt dabei die Tätigkeit der Preisprüfungsstellen in Betracht. Dann aber wird zu erwägen sein, ob nicht durch den Abschluß von Viehlieferungsverträgen mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften sowie durch die Einrichtung einzelner städtischer Fleischverkaufsstellen ohne Schädigung des realen Handels die unbedeutend hohen Preise herabgedrückt werden können. Ich erlaube ergebenst, sofort in dem Benehmen mit den Handelskammern zu prüfen, wo ein derartiges Vorgehen der Kommunalverbände angebracht sein würde, gegebenenfalls auf die betreffenden Landkreise und Gemeinden dahin einzuwirken, daß sie die im Interesse der Volksernährung zur Befestigung des Viehpreises erforderlichen Maßnahmen treffen. Auch bei der Durchführung dieser Maßnahmen wird sich die Fühlung mit den Handelskammern empfehlen.

Städtische Nachrichten.

Die Lohnbewegung der Angestellten.

Die Verhandlungen zwischen den hiesigen Arbeitgebern und Arbeitnehmerorganisationen hat am 27. August vor dem Schlichtungsausschuß zu dem Ergebnis geführt, daß dieser für alle unter den Mannheimer Generalbank und unter den Einzelhandelsfirmen fallenden Angestellten einen Schiedsspruch fällte, der für Angestellte unter 20 Jahren eine Erhöhung von 75 Mk., von 20-24 Jahren von 150 Mk. und über 25 Jahren von 250 Mk. vorsieht. Für Verheiratete wurde die besondere Zulage um 50 Mk., desgleichen die Kinderzulage um 50 Mk. erhöht. Die Arbeitnehmerverbände haben diesen Schiedsspruch angenommen. Von Arbeitgebern wurde er abgelehnt. Die Angestelltenorganisationen haben einstimmig den Beschluß gefaßt, unter keinen Umständen von dem erhaltenen Schiedsspruch abzugehen. Da der Demobilisierungsausschuß für Mannheim zurzeit in Urlaub ist, hatten diese sich bereits an dessen Stellvertreter gewandt, um eine Verbindlichkeitsklärung zu erhalten. Da dieser sich jedoch nicht für zuständig hält, in dieser wichtigen Angelegenheit eine Entscheidung zu treffen, ist heute morgen eine Angestelltenkommission zur Regierung in Karlsruhe gefandt worden, damit von der badischen Regierung eine Persönlichkeitsklärung erteilt wird, die eine neue Vermittlung anzubahnen in der Lage ist. Im Interesse der Erhaltung des Arbeitsfriedens in der gegenwärtigen schon politisch heißen Lage und umso mehr, als die Gefahr besteht, daß ein Generalstreik sehr leicht auch auf die Arbeiterklasse übergehen könnte, wäre es zu begrüßen, wenn die Verhandlungen der beiden Parteien entgegenkommen sich zu einer gütlichen Vereinbarung führen ließen.

II. Die Umlage zur Gebäudeversicherungsanstalt. Das Ministerium des Innern schloß die für das Geschäftsjahr 1920 fällige Umlage der Gebäudeversicherungsanstalt auf 1.20 A von 100 A Ver-

sicherungssumme fest. Der erweiterte Verwaltungsrat der Anstalt glaubte im Frühjahr dieses Jahres einen Umlagefuß von 90 A vorzuschlagen zu sollen. Infolge der katastrophalen Brandfälle des laufenden Jahres hielt er es, wie der „Karlsruher Zeitung“ von zu- fälliger Seite geschrieben wird, für geraten, schon im laufenden Jahre 1.20 A zu erheben. Hierdurch soll den ohnehin schwer bedrückten Gebäudebesitzern eine unerträgliche Steigerung der Umlage im nächsten Jahre erspart werden.

* Apothekenverrichtungen. Dem Apotheker Otto Schlegel in Pforzheim wurde die persönliche Verechtigung zum Betrieb einer selbständigen Apotheke in Mannheim-Käfertal, dem Apotheker Friedrich Schütz in Pforzheim die persönliche Verechtigung zum Betrieb der Sonnenapotheke in Mannheim verliehen.

II. Die Verpflegungssätze für Fürsorgeglinge der Anstalten in Pforzheim und Sinsheim werden durch Verfügung des Justizministers vom 1. Oktober 1921 an von täglich 5 A auf 8 A erhöht.

D3. Zwangsverwaltung deutscher Möbel in Elsch-Lohrungen. Der Generalstaatsanwalt in Elsch-Lohrungen wird bis zum 15. September eine Liste derjenigen deutschen Möbel ausstellen, deren Eigentümer bisher die Aufhebung der Zwangsverwaltung noch nicht beantragt haben. Wohlige Listen wurden bereits vor einigen Monaten von den französischen Behörden der Möbelabfuhrkommission in Rehl zur Verfügung gestellt, die die Namen der Eigentümer wiederholt in den „Elsch-Lohrungen Mittellungen“ (Berlin W 3, Tau- benstraße 34) veröffentlicht hat. Sobald die neuen Listen der Kom- mission zugegangen sind, wird eine nochmalige Veröffentlichung er- folgen. Eigentümer, die darauf keinen Antrag auf Freigabe ihres Hausbesitzes bei der Möbelabfuhrkommission in Rehl stellen, haben dessen Veräußerung durch die Zwangsverwaltung ohne Anspruch auf Ersatz zu gewärtigen.

* Marktbericht. Der heutige Hauptmarkt wies wieder starke Zufuhren in allen marktüblichen Artikeln auf, besonders in Zweifeln und Wirsing. Trotzdem blieben die Preise immer noch in ansehnlicher Höhe. Die heutigen Marktpreisierungen waren: Kartoffeln per Pfund 75-85 Pfg., Bohnen per Pfund 4-4.50, Spinat per Pfund 2-2.50, Wirsing per Pfund 1.20-2.00, Kohlrabi per Pfund 1.20-1.50, Weißkohl per Pfund 1.20, Weiß- traub per Zentner 90-100, Kohlrabi 3 Knollen 0.90-2.00, Kopfsalat per Stück 0.60-1.50, Endivienalat per Stück 0.60-1.40, Sellerie per Stück 0.60-1.50, Zwiebeln per Pfund 1.20-1.40, rote Rüben per Pfund 1-1.50, gelbe Rüben 1.20-1.40, Karotten per Büchel 0.60-0.70, Gurken per Stück 1-5 Mk., Gurken z. E. per 100 Stück 20-35, Kerpel per Pfd 0.50-2.50, Birnen per Pfd 1.20-3.50, Zwetschen per Pfund 2.80-3.50, Pfirsiche per Pfd 3.80-5.00, Trauben per Pfund 4-6, Eier per Stück 2.10-2.50, Hahn jung per Stück 16-20, Huhn jung per Stück 25-32, Ferkel- hahn per Stück 8-10, Ente per Stück 30-35, Tauben per Paar 25-30, Gänse lebend per Stück 55-70 Mk.

Pb. Selbstmordversuch. Eine 24 Jahre alte neurotische Arbeiterin von hier legte sich am Sonntag nachmittag an der Haltestelle Brauerlei auf der Kaiserstraße auf die Schienen der elektrischen Straßenbahn Mannheim-Weinheim, um sich überfahren zu lassen. Der Straßenbahnzug konnte noch rechtzeitig zum Halten und die Kranke nach ihrer eilfertigen Wohnung gebracht werden.

Veranstaltungen.

D3. Die bevorstehenden Regimentstage in Rastatt. Die Ver- einigung ehemaliger 40er und ehemaliger 111er, sowie der Krieger- und Reservistenvereine (Vereinigung ehemaliger 30er) und der vorbereitende Ausschuss ehemaliger 14er Infanterieregimenter vernahmen sich in einer öffentlichen Erklärung gegen die Unterstellung, als ob ihre Regimentstage zur Begünstigung der Reaktion veranstaltet würden. Es habe von vornherein Einmütigkeit darüber bestanden, daß den Veranstaltungen keinerlei Gedanken zugrunde gelegt werden dürfen, die geeignet wären, Hoffnungen von rechts oder Befürchtungen von links zu nähren. Die beabsichtigten Feiern gelten der Ehrung der im Felde gefallenen Kameraden und der kameradschaftlichen Zusammenkunft nach 3 Jahren der Auflösung der Regimenter, die vier Jahre lang im Westen und Osten bei allen schweren Kämpfen treu die badiische Heimat schützten.

Aus dem Lande.

2. Heidelberg, 2. Sept. Am Donnerstag, 15. September wird der Bürgerausschuß zu einer Sitzung zusammenkommen. Die Tagesordnung umfaßt 15 Punkte, darunter Vorträge über Bau- forschungszustände für Privatbauten, Aufstellung von Schulbaracken in Kirchheim und in der Siedlung Pfaffengrund, der Ausbau der vorläufigen Hauptfeuerwache usw. Von besonderer Bedeutung ist die Vorlage, die sich mit der Weiterführung der elek- trischen Straßenbahn nach Wiesbaden beschäftigt. Das Projekt einer Dampftrasse hat man fallen gelassen, da die von der D. E. G. geforderten Zuschüsse zu hoch sind. Die Vorlage stellt sich im wesentlichen nur als die Wiederholung eines früheren staats- rätlichen Antrags dar. Zur Versorgung der Gemeinde Ziegel- hausen mit elektrischem Strom werden zur Errichtung des Stromnetzes 460 000 Mark angefordert, wofür die Gemeinde 15 Jahre lang eine Garantie in der Höhe des Anlagekapitals zu leisten hat. — Für die Dulsenhallenanstalt wird neben dem ordentlichen Zuschuß in Höhe von 30 000 Mark ein außerordentlicher Zuschuß von 100 000 M. angefordert.

D3. Heidelberg, 3. Sept. Entgegen den früheren Nachrichten ist ein Strafantrag gegen eine bestimmte Person nicht erteilt worden. Was die Entfernung der Inschrift „Kaiserliches Postamt“ anbelangt,

Kunst und Wissen.

* Musikalische Akademie. Wie uns der Vorstand der Ruff- Akademie schreibt, soll die Anzahl der bisherigen acht Konzerte im kommenden Winterhalbjahr auf zehn erhöht werden. Als hiesiger Leiter der Konzerte wurde Herr Kapellmeister Franz v. Hochlin wieder verpflichtet. Außerdem werden die Herren Kapellmeister Wil- helm Furtwängler und Hermann Knipfing je ein Konzert als Gastdirigenten leiten.

* Bleichers Pädagogium der Tonkunst. Wie eine Anzeige in unserer Samstag-Abendausgabe besagt, beginnt das neue Unter- richtsjahr am 15. September. Am 1. Oktober wird Herr. Zilcher Meisterkurs für Klavierpiel eröffnen. Zilcher ist als Pianist des erfolgreichen Wäandner Trios auch in Mannheim bestens bekannt.

* Spielzeitbeginn in Düsseldorf. Vielversprechend sieht die neue Spielzeit ein, und dieser Anfang scheint denen Recht zu geben, die schon im Verlauf der letzten Spielzeit auf eine forschende Verbesserung der Leistungen unserer städtischen Bühnen hinwiesen. Be- sonders erfreulich ist es, daß stark betont die deutsche Kunst in den Vordergrund gestellt wurde. Die Oper brachte eine Reihe, abgesehen von der Uraufführung von Beethovens „Fidelio“, bei der sich Erich Kleiber als Stabführer von starkem Können und be- sonderer Individualität und der Intendant Dr. W. Becker als künst- lerisch sein empfindender Regisseur erweist. — Von den Solisten seien der Koczo Erich Hanfstaengl, der Florestan Adolf Böll- gens und die Leonore der Frau Julie Schenckendorff-Rör- ner besonders genannt.

Da Schauspiel begann mit Goethes „Oth“ in der Fassung von 1773. Der Regisseur Dr. Friedrich Schreck betonte das Werk als im Innern von Goethe göttlich empfunden und stellte darauf die wunderbare geistigen Bühnenbilder. Der Bühnenbildner Wal- towsky war geschäftig und eckig angelegt. Zudem war Wido Studer als Othello, gut Karl Eberhard (Weislingen) und Fritz Remond (Rau) — Das Schauspielhaus Dumont- Lindemann eröffnete mit „Johanna von Orléans“ und brachte dann Schams Haus Hergensdoh. Dr. Karl Lehmann.

* Das hiesige Stadttheater ohne Chor. Intendant Propos- Sachse wird es versuchen, in der neuen Spielzeit des Stadt- theaters ohne Chorpersonal auszukommen. Infolge von Dis- senzen mit dem Chorpersonal hat das Stadttheater von der Ver- pflichtung des Chores für dieses Jahr gänzlich abgesehen. Es hat einen Spielplan aufgestellt, der 22 Opern zeigt, die allesamt keinen Chor erfordern, darunter den Barbier von Sevilla, Cosa rara, mehrere Mozartsoper. Durch Fortfall der Chöre für den Chor werden so erhebliche Ersparnisse erzielt, daß das übrige Personal

Man glaubt nicht immer, was man sieht; aber man sieht, was man glaubt.

Lübeck und Kiel.

Zur Eröffnung der Nordischen Woche.

Von Dr. Hans Schnoor-Boipig.

Lübeck, den 1. September 1921.

Es steht zu den nordischen Veranstaltungen jene bequeme Ein- teilung: daß man sozusagen im Vorbeigehen, im Touristenstadium der Welt den erstklassigen Kunst genießt, um dann wohl gestärkt zur Heimat zurückzukehren. Die Veranstalter der Nordischen Woche müssen mit diesem Bequemlichkeitsmoment, mit einer naturgesetzmäßigen Trägheit bei den Wollen rechnen, die nun einmal aus der Welt zu schaffen sind. Von idealen Zielen und Wertes sollte also nicht eher gesprochen werden, als bis die allernächsten Bedürfnisse als Faktoren in die Gesamtschau gestellt sind. Her- vorragende Sachkundige in vortrefflichen Fragen werden während der Lübecker Woche das Projekt der Regimenter, jener großen Linie, die den deutschen und europäischen Westen mit den baltischen Ländern verbindet, einer Lösung näher zu bringen suchen. Vielleicht, daß hier der Schlüssel des ganzen Nord- ischen Problems liegt. Kultur führt im Schlepptau des Handels, — und Lübeck als Austauschplatz kultureller Güter auf dem Wege Deutschland-Scandinavien wäre eine politische Möglichkeit. Wir wollen ohne Aerosol diese Entwicklung in Ruhe abwarten.

Wie aber sieht es um Kiel? Kiel liegt heute fern einem welt- bewandten Zentrum, abseits ebenfalls einer Verkehrsstraße von vordringender Notwendigkeit. Es liegt nahe, die Bindungen zu vergrößern, unter denen die benachbarten Städte ihre Kultur- werden in heiligem Weistum inszenieren werden. Auch in Kiel werden wir demnach aus dem Munde der offiziellen Bekundungs- redner hören, welchen tieferen Sinn man dem Unternehmen zu- erkennt. Auch dort werden wir, wie heute in Lübeck, die Erfahrung machen, daß weder der offiziell zu den Ereignissen Stellung nehmen muß, der Gedanke wie der Regimenter, der Deutsche wie der Schwede, Staatsregierung wie der Preffe, das Wesen der Kulturwoche anders als der andere auslegt. Nicht ein absolut eindeutiger Sinn der Veranstaltung gibt den jeweiligen offiziellen Reden und Kommenta- ren alle eine und befriedigende, sondern man sucht nach einem Sinn, einer Formel, die alle ein und befriedigend, interessante, alle

Diese Formel ist heute in Lübeck nicht gefunden, und man wird voraussichtlich auch in Kiel vergebens nach ihr ringen.

In Lübeck lag es nahe, auf geschichtliche Traditionen sich zu berufen und die Vermutung daran zu knüpfen, daß Geschichte sich noch einmal wiederholen könne, daß gewisse Erscheinungen periodisch wiederkehren müssen — heißt somit vom heutigen Standpunkt aus gesehen den Nordischen Wochen der große, alten ins Auge fallende Sinn; die durchwaltende, alle Gruppen und Gegenstände einende Idee — so soll doch nicht verkannt werden, daß beide Veranstaltungen in hohem Maße Charakter haben. Wie sollte es auch anders sein, wo der Lebensrhythmus einer Stadt wie Lübeck, jener festumarmte, beständige, eigenwillige Rhythmus, auf alles übergreift, was sich diesem zentralen Zentrum anschließen wol- len zu nähern mag. Die Struktur der Lübecker Gesellschaft spiegelt sich noch im Programm der Woche wieder. Kiel ist im Programm demokratisch durch und durch, Lübeck hanseatisch-orientiert; Lübeck schreibt selbst den Anfang vor und pflegt in einem heute selten ge- wordenen Maße die Gastlichkeit. Das ist schön und bringt jedem einen Gewinn in persönlicher Hinsicht. Tatsächlich wird die ge- sprächswürdige Fühlungnahme mit den Nordländern die Wege zum gegenseitigen Verständnis im großen, von Volk zu Volk, vielleicht stärker fördern als gemeinsam genoßene Kunst und Theater. Lübeck meint auch überraschend deutlich seinen protestantischen Charakter. Und so fände man wohl in der Anlage des Plans der Nordischen Woche wie in der Art seiner Durchführung noch so manchen charakteristischen Zug, der einem Lebenswert erscheint, lebenswert wie die Ständbilder Lübecker Geistes: die herrlichen Backsteindome mit ihren hohen unbelasteten braunroten Flächen und den „goldenen Türmen“. Einst ist gewiss in keiner anderen norddeutschen Stadt vermag eine große Vergangenheit so greifbar lebendig zu werden als in Lübeck. Wie in diesen lebendigen ausgetretenen Bausteinen ferne Vergangenheit und moderner Geist zu einem starken Aus- druck zusammen zu schmelzen vermögen, das kann nur der ernsten, der Emil Roldes religiöse Bilder an den weißen Wänden der gotischen Katharinenkirche hat hängen sehen. Wer frage dieses eigenartigen höchsten Erlebnisses des heutigen ersten Tages, der wird zweifeln müssen, daß Lübeck die Verwirklichung seines mo- dernen Ziels — mag es nun Völkerverständigung oder anders heißen — auf einem vielversprechenden, durchaus ungewöhnlichen Wege zu erreichen strebt. Es wird abzuwarten sein, inwiefern die Ereignisse der nächsten Tage, unter denen Vorträge der Skandinavien- Konzepte, Kellern, Raasbol, Erich, Münch-Peterlen, Greder, Schröder, Hofmeier-Christensen, und der Deutschen Euden, Benz, Schumacher, Erdberg, Thomas Mann, Kayserling die politischen Probleme zu bergen scheinen, den obigen Ausführungen Recht oder Unrecht geben werden. Darüber später noch ein Wort.

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Börsenberichte.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 5. Sept. (Drahtb.) Die Börse eröffnete in fester Haltung. Der Auftragsmarkt bei den Banken war wieder recht lebhaft. Im freien Verkehr kam es zeitweise zu erregtem Geschäft. Mansfelder Kuxe stiegen von 640 auf 675. Stärkere Kursbewegungen hatten Hansa-Lloyd, 236-281. Rastatter Waggon waren mit 570 ca. 20% höher. Chemische Rhenania stiegen auf 710. Außerdem machte sich rege Nachfrage für Benz-Motoren bemerkbar, 375-388. Wolf, Buckau notierten 630. Emag 233. Gebr. Fahr 500, junge Magula stiegen bis 605. Im Verlaufe wurde der Verkehr ruhiger; die Kurse unterlagen teilweise Schwankungen. Deutsche Petroleum 1160, Opiag lebhaft, 6100. An den variablen Märkten kam die Festsetzung der Kurse erheblich später zustande. Montanaktien verfolgten aufsteigende Richtung. Sehr gesucht waren Deutsch-Luxemburg, Phoenix und Mannesmann. Chemische Werte bei großen Aufträgen sehr fest, besonders Scheideanstalt und Höchster Farben. Auch Elektrowerte, Schiffahrts- und Auslandspapiere hatten regen Verkehr. Dazu trug der belebte Einheitsmarkt bei, wo wieder in verschiedenen Spezialwerten Kurssprünge auftraten. Namentlich höher genannt wurden Wessel Porzellan, Berlin-Frankfurter Gummi, Spinnerei Eitlingen, Adlerwerke Kleyer, Maschinenfabrik Dürkopp, Riedinger, Frankfurter, Karlsruhe, Hydrometer, Luxische Industriewerke, Schuhfabrik Bernels Wessel und Engländer-Werke. Die Maklertafeln sind mit Pluszeichen besetzt. Der Schluss gestaltete sich sehr fest. Mannesmann überschritten 1000, plus 100%. Westeregela bei erster Notiz 750, Oberbedarf 480, Phoenix 800, Kleyer 400. Zu gestiegenen Kursen blieben gesucht: Caro, Löhrlinger Hütte, A. E. G., Bad Anilin, Gelsenkirchen und viele andere Papiere.

Privatdiskont 3%.

Festverzinsliche Werte.

Werte	2. Sept.	3. Sept.	Werte	2. Sept.	3. Sept.
4% Reichsschatz.	77.80	77.80	4% Schutzg. von 1908	—	—
4% do. do.	78.70	78.70	4% do. 1911 und 12	—	—
4% do. do.	79.10	79.10	4% Sperr-Anl. v. 1912	—	—
4% Reichsschatz.	79.10	79.10	4% Sperr-Anl. v. 1912	—	—
4% do. do.	79.10	79.10	4% Sperr-Anl. v. 1912	—	—
4% do. do.	79.10	79.10	4% Sperr-Anl. v. 1912	—	—
4% do. do.	79.10	79.10	4% Sperr-Anl. v. 1912	—	—
4% do. do.	79.10	79.10	4% Sperr-Anl. v. 1912	—	—
4% do. do.	79.10	79.10	4% Sperr-Anl. v. 1912	—	—
4% do. do.	79.10	79.10	4% Sperr-Anl. v. 1912	—	—

Dividenden-Werte.

Werte	2. Sept.	3. Sept.	Werte	2. Sept.	3. Sept.
Bank-Aktien	209.00	209.00	Brenn. u. Sal. & Co.	—	—
Bank-Aktien	209.00	209.00	Brenn. u. Sal. & Co.	—	—
Bank-Aktien	209.00	209.00	Brenn. u. Sal. & Co.	—	—
Bank-Aktien	209.00	209.00	Brenn. u. Sal. & Co.	—	—
Bank-Aktien	209.00	209.00	Brenn. u. Sal. & Co.	—	—
Bank-Aktien	209.00	209.00	Brenn. u. Sal. & Co.	—	—
Bank-Aktien	209.00	209.00	Brenn. u. Sal. & Co.	—	—
Bank-Aktien	209.00	209.00	Brenn. u. Sal. & Co.	—	—
Bank-Aktien	209.00	209.00	Brenn. u. Sal. & Co.	—	—

steigerungen zu registrieren; so stieg ein Papier wie die A. E. G. mit ihrem gewaltigen Aktienkapital um 100%.

Am Montanaktienmarkt setzten Buderus 100% höher ein, Bochumer und Luxemburger + 70%, Harpener und Hohenlohe + 30%. Bei den Schiffahrtswerten gingen Hansa und Deutsch-Australia um 10% nach oben. Unter den Spezialwerten stiegen Schwarzkopf und Orenstein u. Koppel um 80%, Löwe um 50%, Guano auf Kapitalerhöhungsergüße (man sprach von einer neuen Aktie auf zwei alte zu 125%) um 25% höher.

Wildes Geschäft entwickelte sich wieder im freien Verkehr. Becker-Stahl auf Gerüchte über ein französisches Kapitalangebot 600, Meyer-Kaufmann 580, Benz 387. Schwächer waren Deutsche Waffen. Im Verlaufe gingen die Kurse weiter nach oben, zumal am Kassaindustriemarkt fieberhafte Käufe stattfanden.

Devisenmarkt.

Frankfurter Devisen.

Frankfurt, 5. Sept. (Drahtb.) Am Devisenmarkt war bereits im Frühverkehr größere Festigkeit bei fester Stimmung. Sehr gesucht war Devisen Holland und Newyork. Es wurden folgende Kurse genannt: London 333 (amtlich 337%), Paris 694 (697), Brüssel 680 (687), Newyork 904 (90,95), Holland 2855 (2882%), Schweiz 1525 (1547%), Italien 395 (397).

Amth.	2. Sept.	3. Sept.	Amth.	2. Sept.	3. Sept.
Holland	2855.10	2882.10	Belgien	183.90	188.20
Paris	694.00	697.00	Brüssel	680.00	687.00
Newyork	904.00	909.95	London	333.00	337.00
Holland	2855.10	2882.10	Schweiz	1525.00	1547.00
Italien	395.00	397.00	Frankfurt	—	—

Berliner Devisen.

Am Devisenmarkt gingen die Kurse auf den neuen Rückgang der Mark in Newyork stark nach oben. London etwa 330, Kabel Newyork 90-91, Paris 695, Schweiz 1335, Polennoten 2%, Bukarest 104%. Die Mark kam aus dem Auslande wesentlich niedriger. Zürich 6,60, Holland 3%, Stockholm 5,15, Kopenhagen 6,33.

Reichsbankausweis vom 31. August.

Erhöhung des Zahlungsmittelumsatzes um 28,6 Milliarden auf 88 Milliarden.

Der Ausweis läßt eine starke Inanspruchnahme der Bank in der letzten Augustwoche erkennen. Im wesentlichen unter der Einwirkung des zu den Monatschlüssen üblichen erhöhten Zahlungsmittelbedarfs ist der Banknotenumsatz um 2882,1 Mill. A auf 8072,7 Mill. A gestiegen. Der Umlauf an Darlehenskassenscheinen ist weiter, wenn auch geringfügig — nämlich um 20,2 Millionen A auf 7836,9 Millionen A — zurückgegangen. Insgesamt sind in der letzten Augustwoche 2861,9 Millionen A an Banknoten und Darlehenskassenscheinen aus den Kassen der Bank in den Verkehr abgefließen gegenüber 1932,7 Mill. A bzw. 340,1 Mill. A in der entsprechenden Zeit der Jahre 1920 und 1919.

Die gesamte Kapitalanlage der Bank zeigt ein Anwachsen um 897,5 Mill. A auf 85312,4 Mill. A. Während die übrigen Anlagekonten — das Wechselkonto, die Lombardanlage und das Effektenkonto — Verminderungen aufwiesen, haben die Bestände der Bank an diskontierten Reichsschatzanweisungen infolge neuer Kreditaufnahme seitens des Reiches und dadurch, daß vielfach von Privaten Schatzanweisungen rediskontiert oder nicht verlängert wurden, um 9012,7 Mill. A auf 84043,9 Mill. A zugenommen. Die bankmäßige Deckung allein hat sich um 898,5 Mill. A auf 85046,4 Mill. A vermehrt. Im Zusammenhang mit der Zunahme der Gesamtanlage sind auch die fremden Gelder gewachsen, wenn auch deren Steigerung beträchtlich hinter derjenigen der Anlage zurückbleibt. Die Konten der fremden Gelder weisen eine Vermehrung um 4010,1 Mill. A auf 13 649,6 Mill. A auf. Infolge der von Deutschland bis zum Ende geleisteten Zahlung an die Entente in Gesamthöhe von 1 Milliarde Goldmark hat es sich als notwendig erwiesen, aus dem Goldbestande der Bank einen Betrag von 68 Mill. A in ausländischen Goldmünzen dem Reiche für diese Zahlung abzugeben. Demgemäß zeigt der Metallbestand der Bank am 31. August einen Rückgang, der sich auf 67,6 Millionen A beziffert.

Bei den Darlehenskassen ist eine weitere Rückzahlung größerer Darlehensbeträge zu beobachten. Der gesamte Darlehensbestand ist um 620,8 Mill. A auf 10 915,6 Millionen A eingeschränkt worden. Da die Reichsbank einen dieser Abnahme entsprechenden Betrag an Darlehenskassenscheinen an die Darlehenskassen zurückzufahren hatte, so haben sich die Bestände der Bank an Darlehenskassenscheinen unter Berücksichtigung der erwähnten aus dem Verkehr aufgenommenen Beträge um 600,3 Mill. A auf 2958,6 Millionen A vermindert.

Vermögen (in 1000 Mark)	gegen die Vorwoche	gegen die Vorwoche
Reichsbank	1040 000	67 501
Sparbank	1023 000	67 700
Reichsbank	1040 000	67 501
Sparbank	1023 000	67 700

Bei den Darlehenskassen wurden im Monat August 70 171 501 Mark abgezogen.

r. Stahlwerk Becker A.-G., Krefeld. Zu der starken Steigerung der Aktien des Unternehmens wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß die Gesellschaft für den Ausbau ihres Hochofenwerkes weitere Mittel benötigt und daß über die Beschaffung dieser Mittel zwischen der Verwaltung und der hauptsächlich beteiligten Großbank Meinungsverschiedenheiten bestehen. Infolgedessen werden Käufe für eine Gruppe vorgenommen, um für eine neue Gruppe die Mehrheit der Aktien zu sichern.

Hamburgische Elektrizitätswerke. Aus einem Reingewinn von 14,4 (10,12) Mill. A sollen 10% (7,4%) Dividende auf die Stammaktien und 9% (7,4%) auf die Vorzugsaktien verteilt werden. Ferner erhält der Hamburger Staat 2,1 (1,75) Mill. A, dem Erneuerungsfonds werden 5 (3,65) Millionen A zugeführt. Für das laufende Geschäftsjahr ist die Gleichstellung der Vorzugsaktien und Stammaktien bei der Kapitalverdoppelung auf 88 Mill. A beschlossen worden.

Warenpreise in Petersburg. Nach einer Meldung der Agentur Rubunion werden augenblicklich in Petersburg folgende Preise bezahlt: Weizenmehl Pud 20 800 Rubel, Hafermehl 179 000, Kartoffeln 64 000, Grütze 297 000, Butter russ. Pfund (400 g) 25 000, Salz Pfund 2700.

Erhöhung der Farbenpreise für Seide. Nach der Korrespondenz „Textilindustrie“ hat der internationale Verband der Seidenfabriken die Farbenpreise für Seide um 200-250% für Kunstseide um 100% erhöht.

Waren und Märkte.

Berliner Metallbörse vom 5. September.

Waren	2. Sept.	3. Sept.	Waren	2. Sept.	3. Sept.
Elektrolytkupfer	2250	2250	Aluminium	1200	1200
Raffinadokupfer	2250	2250	Aluminium	1200	1200
Aluminium	1200	1200	Aluminium	1200	1200

Antliche Preise der Mannheimer Produktenbörse per 100 kg waggonfrei Mannheim einschl. Sack.

Weizen 445-455 A, Roggen 360-370 A, Braugerste 450 bis 500 A, Hafer 350-375 A, Mais nah. gelb. 335-360 A, Erbsen inl. 450-550 A, Ackerbohnen 390 A, Wiesenheu nom. 200-220 A, Rotkleeheu 220-230 A, Preßstroh 65-75 A, geb. Stroh 65-75 A, Reis 675-900 A. Tendenz: fester.

Nürnberger Hopfenmarkt.

Die Hopfensaison 1921/22 hat mit dieser Woche ihren offiziellen Anfang genommen. Es kamen bereits erhebliche Zufuhren des neuen Produktes zum Markte, etwa 2500 Ballen, davon ungefähr 1500 aus der Holledau. Während bei Schluß der Vorwoche der Markt noch eine sehr feste Haltung zeigte, ließen sich alle Anzeichen darauf schließen, daß recht bald eine abfallende, mehr hin und her schwankende Tendenz folgen werde. Dies trat denn auch in der Berichtswochen ein. Der Großhandel zeigte dem guten Angebot gegenüber entsprechende Zurückhaltung, sodaß schon am zweiten Wochentage ein Preisfall von 800-1000 A bei allen Sorten zu konstatieren war. Allmählich befestigte sich die Stimmung wieder und auch die Preise zogen an. Bei flauer Schlußstimmung und leicht nachgebenden Preisen notierten bei Wochenschluß gute Markthopfen 6000-6500 A, mittlere 5500-5800 A, Gebirgshopfen 6000-6300 A, Hallertauer Siegel 7000-7300 A, Hallertauer prima 6600 bis 6800 A und mittel 6000-6500 A. 1920er Hopfen erzielten noch 4500-5000 A; es wurden indessen nur unbedeutende Posten vom Kundschaftshandel übernommen. Auch einige Abschlüsse in ganz alten Hopfen zu 600-1400 A außerhalb des Marktes werden bekannt.

Bei herrlichem Wetter geht die Hopfenernte nunmehr rasch voran und dürfte im Laufe dieser Woche beendet werden. Das eingebrachte Produkt zeigt schöne Doldenbildung und erweist sich auch als sehr lupulinerich. Dagegen läßt die Quantität überall zu wünschen übrig. Geerntet wird etwa ein Drittel bis eine schwache Hälfte der vorjährigen Ernte. In einzelnen Anbaugesieten, namentlich in der Holledau und im Spalter Land, sind viele Aufkäufer anwesend und das Geschäft geht dort äußerst lebhaft; einzelne Ortschaften sind bereits ausverkauft.

In Belgien hat die Pflücke ebenfalls bereits begonnen und neue Hopfen wurden bei fester Stimmung in Brüssel wie in Alost um 460-475 Fra. gehandelt. — Im Elsaß hat der Frühhopfen eine völlige Mißernte ergeben. Der Handel bietet für das neue Produkt 550-600 Fra., während die Forderungen der Eigener höher gehen. Die Abschlüsse sind bis jetzt unbedeutend. — Im Saaxer Lande ist die Hopfenpflücke ziemlich allgemein beendet und das gewonnene Produkt erweist sich als äußerst lupulinerich und von bester Brauqualität. In quantitativer Beziehung bleibt das betriebe Ergebnis mehr als um die Hälfte gegen das Vorjahr zurück. Bis jetzt erfolgten bei ruhiger, aber fester Stimmung Abschlüsse zwischen 7000 und 7200 Kronen.

Zunehmende Arbeitslosigkeit im Tabakgewerbe. Aus unterrichteten Kreisen wird uns geschrieben: Die deutsche Tabakindustrie befindet sich in einer Krise, die volkswirtschaftlich von großer Bedeutung werden kann. Das typische Zeichen dafür ist die Arbeitslosigkeit. Da es unter den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich ist, größere Vorräte herzustellen und zu lagern, müssen bei einem Zurückgehen des Verbrauchs Betriebsbeschränkungen und damit zwangsläufig verbunden Arbeiterentlassungen vorgenommen werden. So ist die Zahl der von völliger Arbeitslosigkeit oder Karsarbeit betroffenen Arbeiter von 11% am 1. April, wo die letzte Erhöhung der Tabaksteuersätze in Kraft trat, auf 23% der insgesamt Beschäftigten am 1. Juli gestiegen. Zu diesem Zeitpunkt waren also bereits gegen 30 000 deutsche Tabakarbeiter ganz oder teilweise erwerbslos. Es ist dies um so bedeutungsvoller, als im besonderen unsere Zigarrenindustrie zum großen Teil in Heimarbeit besteht, also viele kleine Existenzen vernichtet werden. In den beteiligten Kreisen hat man die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben, daß durch eine Zurücknahme der Verfügung des Reichsfinanzministeriums, wonach bereits zum 1. Oktober d. J. wieder eine Steuererhöhung auf Tabakfabrikate vorgenommen werden soll, der drohenden volkswirtschaftlichen Schädigung vorgebeugt werden wird.

Von den Zuckermärkten. Mit diesem Berichtabschnitt sind wir nach der üblichen Gepflogenheit in den ersten Monat der neuen Betriebszeit eingetreten, und obgleich er noch mit den Fesseln der vielfährigen Zwangswirtschaft belastet ist (ihre Aufhebung wurde soeben bekannt gegeben), so birgt er bereits die hoffnungsfrohen Keime einer voraussichtlich wieder aufblühenden Entwicklung von Industrie und Handel in sich. Ist es auch zunächst in die Hände der Industrie gelegt, die ersten Grundlagen für den Uebergang zur völlig freien Wirtschaft zu schaffen, so wird und darf es nicht ausbleiben, daß die alten Handelsgesellschaften, zu denen vornehmlich die börsenmäßige Abwicklung von Zuckergeschäften, die Wiederherstellung der Verbindung mit den Bewegungen der Auslandsmärkte zu rechnen sind, wieder zu ihrem Rechte kommen. Die Errichtung der seit Monatsfrist schwebenden Zuckerwirtschaftsstelle ist das erste Bindeglied zur freien Entwicklung. — Auch in dieser Berichtswochen hat an den heimischen Zuckermärkten wieder ein flottes Absatz der restlichen Verbrauchszuckermengen stattgefunden, um die vorliegenden Aufträge und Bedürfnisse der Kommunen wie auch der Zucker verarbeitenden Industrie zu erfüllen, und die schließlich verbleibenden Vorräte auf den Lagern der Raffinerien werden gering sein und dazu dienen müssen, etwaige Lücken bis zum Grelaswerden neuer Verbrauchsware auszufüllen. — Das Meißnergeschäft hat sich in mäßigen Grenzen fortgesetzt.

Aus Tschechien, Belgien, Holland und Frankreich sind gebesserte Ernteaussichten gemeldet worden. In Tschechien sieht man den Bestimmungen über die Neuordnung der Zuckerwirtschaft in aller nächster Zeit entgegen. — An den Auslandsmärkten hat nach den vorliegenden Preisaufzeichnungen eine eher ruhigere Haltung vorherrscht, nachdem ja der nachschießende Bedarf in der vorhergehenden Zeit gedeckt worden war. — In Amerika blieben die Einschmelzungen um etwa 300 000 t gegen den Vormonat zurück. — Auf Kuba stellten sich die Vorräte im Mitte August immer noch ungefähr 1 Mill. t größer als im Vorjahr, doch soll ja dieser Ueberschuß in feste Hände gegangen sein, zum Teil bestimmt zur Veredlung in Amerika und späteren Ausfuhr. Ueber die neue Kubaernte liegen noch mehrfach widersprechende Ansichten vor.

Gesamtergebnis: Dr. Fritz Gelsenbaum.
Verantwortlich für Inhalt: Dr. Fritz Gelsenbaum.
Druck: Dr. Fritz Gelsenbaum.
Verlag: Dr. Fritz Gelsenbaum.

Berliner Wertpapierbörse.

Bei lebhaftem Geschäft sehr fest.
X Berlin, 5. Sept. (Eig. Drahtb.) Die neue Entwertung der Mark in Newyork sowie innerpolitische Befürchtungen angesichts der Rede des Reichskanzlers ließen den Kurs des Signals bis auf 91 steigen. War schon diese Entwertung das Signal zu neuen Kurserhöhungen, zufolge des Hausseparadismus noch durch eine große Anzahl von Kapitalserhöhungen und Fusionsgerüchten verstärkt, so verlaute, daß der Rhein-Elbe-Konzern sich Automobilfabriken angliedern werde. Ueberall waren sensationelle Kurs-

